

Loose, Brigitte et al.

**Article**

## Konjunkturausblick 1999: Delle im konjunkturellen Aufschwung Deutschlands. Wachstum in Ostdeutschland wieder etwas kräftiger

Wirtschaft im Wandel

**Provided in Cooperation with:**

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

*Suggested Citation:* Loose, Brigitte et al. (1999) : Konjunkturausblick 1999: Delle im konjunkturellen Aufschwung Deutschlands. Wachstum in Ostdeutschland wieder etwas kräftiger, *Wirtschaft im Wandel*, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 5, Iss. 1, pp. 3-14

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/142943>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Konjunkturausblick 1999: Delle im konjunkturellen Aufschwung Deutschlands. Wachstum in Ostdeutschland wieder etwas kräftiger

Vor dem Hintergrund der jüngsten Angaben des Statistischen Bundesamtes zur wirtschaftlichen Entwicklung 1998 bestätigt das IWH seine im Dezember 1998 veröffentlichte Prognose für das Jahr 1999. Die Konjunktur in Deutschland ist trotz der Finanz- und Wirtschaftskrisen in Asien, in Rußland und in Lateinamerika nicht eingebrochen. Aufgrund der günstigen binnenwirtschaftlichen Bedingungen im europäischen Umfeld wurden die Ausfuhrverluste zum Teil wettgemacht. Allerdings hat der Aufschwung in Deutschland vorübergehend an Tempo verloren.

Zu Beginn der dritten Phase der Europäischen Währungsunion sind die konjunkturellen Rahmenbedingungen überwiegend positiv. Das niedrige Zinsniveau wirkt anregend, die zu erwartenden, im Rahmen des Verteilungsspielraums bleibenden Lohnabschlüsse tragen zum ruhigen Preisklima bei, die Finanzpolitik wirkt nicht mehr restriktiv.

Bei zunehmenden binnenwirtschaftlichen Impulsen wird sich die Führungsrolle der Inlandsnachfrage unter den Auftriebskräften 1999 verstärken. Die Ausrüstungsinvestitionen werden bei etwas nachlassender Dynamik weiter zügig ausgedehnt. Im Sog der steigenden Nachfrage nach neuen Ausrüstungen erhält 1999 auch der gewerbliche Bau Impulse, während der Wohnungsbau von den merklich steigenden Realeinkommen profitieren und durch die niedrigen Bauzinsen angeregt wird. Der Konsum belebt sich infolge der Entlastungen der Haushalte bei den direkten Steuern und den Beiträgen zur Rentenversicherung, die zusammen mit der Anhebung des Kindergeldes einen deutlichen Anstieg bei den Nettoeinkommen hervorrufen. Erhöhend wirken zudem die beschäftigungsinduzierten Einkommenszuwächse der privaten Haushalte. Auch die Terms-of-Trade-Gewinne im Außenhandel stimulieren den privaten Verbrauch. Bremsend wirkt demgegenüber die Ökosteuer.

Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt 1999 um 2,2 vH zunehmen. Zu Beginn des Jahres werden die Impulse von den Außenmärkten noch schwach bleiben und den Anstieg vorübergehend

dämpfen. Das Ende der konjunkturellen Delle dürfte mit der Tendenzwende bei der Ausfuhr im Frühjahr eingeläutet werden. Bei fortgesetztem

Tabelle 1:  
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland 1998 und 1999

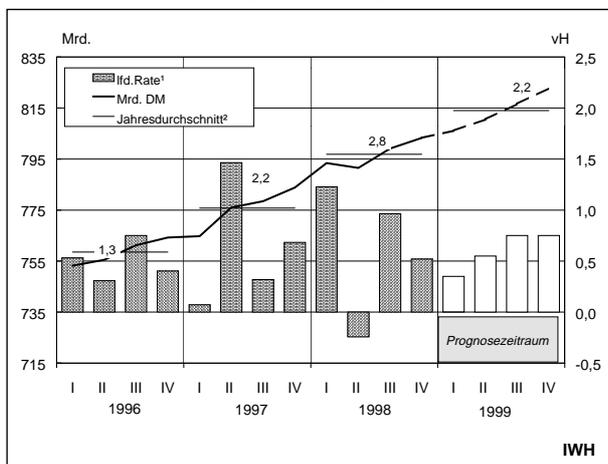
	1997	1998	1999
	<i>reale Veränderung geg. dem Vorjahr in vH</i>		
Privater Verbrauch	0,5	1,7	2,3
Staatsverbrauch	-0,7	0,5	1,1
Anlageinvestitionen	0,1	1,0	2,9
Ausrüstungen	3,9	8,6	6,0
Bauten	-2,5	-4,2	0,4
Letzte inländische Verwendung	1,4	2,6	2,1
Ausfuhr	11,1	5,9	3,5
Einfuhr	8,1	5,2	3,3
Bruttoinlandsprodukt	2,2	2,8	2,2
Westdeutschland	2,3	2,9	2,2
Ostdeutschland	1,7	2,1	2,3
	<i>Veränderung geg. dem Vorjahr in vH</i>		
Preisindex für die Lebenshaltung	1,8	0,9	1,2
	<i>in 1.000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) <sup>a</sup>	33.962	33.975	34.090
Westdeutschland	27.884	27.922	28.080
Ostdeutschland	6.078	6.053	6.010
Arbeitslose	4.384	4.279	4.013
Westdeutschland	3.021	2.904	2.700
Ostdeutschland	1.363	1.375	1.313
	<i>in vH</i>		
Arbeitslosenquote <sup>b</sup>	11,4	11,2	10,5
Westdeutschland	9,8	9,4	8,8
Ostdeutschland	18,3	18,5	17,9
	<i>in vH des BIP</i>		
Defizitquote des Staates	2,8	2,2	1,8

<sup>a</sup> Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturpassungsmaßnahmen. – <sup>b</sup> Arbeitslose in vH der Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Produktionsanstieg verbessert sich die Lage am Arbeitsmarkt 1999 weiter, am ersten Arbeitsmarkt allerdings nur in Westdeutschland.

Abbildung 1:  
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland  
- Saison- und arbeitstäglich bereinigt -



<sup>1</sup> Veränderung in vH gegenüber dem Vorquartal, rechte Skala. -<sup>2</sup> Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.  
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH, 1999: Prognose.

In Ostdeutschland wird sich das Wachstum der Produktion 1999 wieder etwas beschleunigen, und es kommt – nach einem deutlichen Gefälle 1998 – zu einem etwa gleich starken Anstieg des Bruttoinlandsproduktes in Ost und West. Die Talfahrt des Baugewerbes, die bislang das gesamtwirtschaftliche Produktionswachstum stark belastet hat, dürfte sich merklich verlangsamen. Die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe nimmt weiterhin überdurchschnittlich zu, wenngleich nicht mehr so kräftig wie im Vorjahr. Ein Aufholprozeß gegenüber Westdeutschland kommt noch nicht wieder in Gang. Am ersten Arbeitsmarkt in Ostdeutschland werden weniger Arbeitsplätze abgebaut als im Vorjahr. Einem leichten Beschäftigungsaufbau im Verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor steht ein fortgesetzter Rückgang der Erwerbstätigkeit im Baugewerbe und beim Staat gegenüber. Im Zuge der weiteren Ausdehnung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen wird die registrierte Arbeitslosigkeit jedoch erstmals seit 1995 abnehmen.

Der Euro wird gegenüber dem US-Dollar im Verlauf von 1999 leicht aufwerten, wie es bereits die Währungen der EWU-Länder 1998 taten, und damit die Konjunktur leicht dämpfen. Anregend

wirkt demgegenüber das niedrige Zinsniveau. Aus heutiger Sicht besteht kein geldpolitischer Handlungsbedarf. Der Preisniveauanstieg im Euroraum dürfte mit etwa 1,2 vH 1999 ebenso gering ausfallen wie im Vorjahr.

Zu dem entspannten Preisklima in Deutschland und im gesamten Euroraum haben nicht nur die verringerten Einfuhrpreise maßgeblich beigetragen, sondern auch die bisher sehr moderaten Lohnsteigerungen. Eine Lohnentwicklung, die den Verteilungsspielraum auch weiterhin nicht ausschöpft, ist eine Voraussetzung dafür, daß die hohe Arbeitslosigkeit im Euroraum abgebaut und das brachliegende Wachstumspotential mobilisiert wird. In Deutschland sind die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine Fortsetzung der Lohnzurückhaltung angesichts merklich steigender Nettoeinkommen günstig.

Während sich die finanzpolitischen Reformvorhaben 1999 für die privaten Haushalte trotz der Einführung der Ökosteuer einkommensteigernd auswirken, ist der Nettoeffekt auf den Unternehmenssektor nicht pauschal zu erfassen; insgesamt deutet sich für die Unternehmen aber eine stärkere Belastung an. Die Unternehmen profitieren einerseits von der Senkung der Lohnnebenkosten und vom verringerten Spitzensteuersatz bei der Einkommen- und der Körperschaftsteuer, andererseits wirkt sich die Verbreiterung der Steuerbemessungsgrundlage und hierbei insbesondere die Einschränkung der Verlustanrechnung belastend aus.

### Weltwirtschaftliches Wachstum verlangsamt

Die Weltwirtschaft stand 1998 im Zeichen der Asienkrise, die sich in einer Dämpfung des weltweiten Produktionszuwachses widerspiegelte. Hinzu kamen im Sommer erneut Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten, die insbesondere Rußland und Lateinamerika trafen, aber auch auf die westlichen Industrieländer ausstrahlten. Auch wenn hier an den Börsen die Kursverluste inzwischen weitgehend wieder aufgeholt werden konnten, hat die deutlich langsamere Entwicklung des Welthandels insgesamt zu einer Eintrübung des konjunkturellen Umfeldes geführt.

In den USA verliert der Aufschwung an Kraft. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte 1999 nur noch um 1,5 vH nach gut 3,5 vH 1998 ausgeweitet werden. In Japan ist 1999 lediglich eine Stabilisierung von

Nachfrage und Produktion zu erwarten. Weder die Konjunkturprogramme noch die Sanierungsanstrengungen im Bankenbereich haben bisher ausgereicht, das Vertrauen des privaten Sektors wiederherzustellen. In den südostasiatischen Krisenländern zeigen sich erste Anzeichen einer Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage. Die Exportentwicklung hat wieder an Fahrt gewonnen, und die Wechselkurse haben sich erholt. In Mittel- und Osteuropa ist dagegen mit einer leichten Verlangsamung des Wirtschaftswachstums zu rechnen. In den westeuropäischen Ländern, die nicht der Europäischen Währungsunion (EWU) angehören, zeichnet sich ein konjunktureller Abschwung ab, der insbesondere in Großbritannien spürbar ausfällt.

### **Vorübergehende konjunkturelle Abschwächung im Euroraum**

In den Ländern der EWU hat sich der Aufschwung im 4. Quartal 1998 leicht abgeschwächt. Maßgeblich dafür war der geringere Anstieg der Ausfuhren, was vor allem auf den starken Rückgang der Nachfrage aus Südostasien zurückzuführen ist. Gestützt durch eine höhere Kaufkraft der privaten Haushalte, verbesserte Terms of Trade und im Jahresverlauf gesunkene Zinsen trägt jetzt die leicht beschleunigte Binnennachfrage die konjunkturelle Entwicklung.

Tabelle 2:  
Wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum

	1997	1998	1999
	<i>Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr</i>		
Bruttoinlandsprodukt	2,6	2,8	2,4
Privater Verbrauch	1,5	2,5	2,6
Bruttoanlageinvestitionen	1,9	4,0	4,3
Verbraucherpreise	1,6	1,2	1,2
	<i>in vH</i>		
Arbeitslosenquote <sup>a</sup>	11,9	11,1	10,5
Zinssatz Dreimonatsgeld	4,2	3,9	3,3
Langfristiger Zinssatz	5,9	4,7	4,3

<sup>a</sup> Nach dem Eurostat-Konzept.

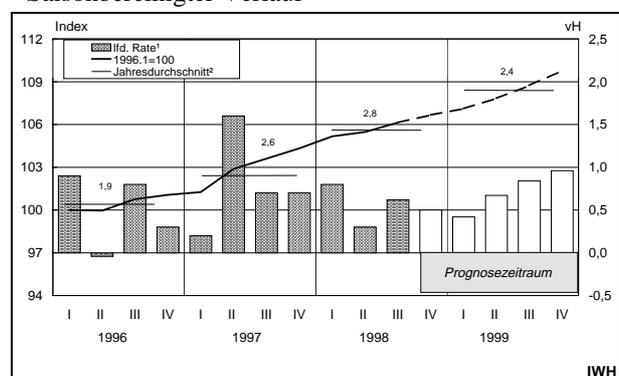
Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH, 1998 und 1999: Schätzung bzw. Prognose.

Die schwächere Dynamik dürfte bis zum Frühjahr 1999 andauern. Im weiteren Verlauf des Jahres werden aber die dämpfenden Faktoren zuneh-

mend an Einfluß verlieren. An den internationalen Finanzmärkten zeichnet sich trotz der noch immer relativ hohen Volatilität eine Beruhigung ab, begünstigt durch die Bereitschaft des Internationalen Währungsfonds, potentiellen lateinamerikanischen Krisenländern beizustehen. Die wirtschaftlich bedeutendsten asiatischen Schwellenländer werden zudem im Verlauf des Jahres die Talsohle durchschreiten. Ausgehend von einem hohen Niveau sind die Zinsen in dieser Region gesunken, und der Einbruch der Industrieproduktion scheint zum Ende gekommen zu sein.

Bei weiterhin lebhafter Binnennachfrage und nachlassenden außenwirtschaftlichen Impulsen dürfte unter diesen Rahmenbedingungen das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum 1999 um 2,4 vH zunehmen. Die Arbeitslosenquote geht insgesamt leicht zurück. Das konjunkturelle Gefälle zwischen den Volkswirtschaften bleibt erheblich. Während Nachfrage und Produktion in Irland, Finnland, den Niederlanden, Portugal und Spanien weiter kräftig expandieren, ist der Aufschwung in Italien noch immer schwach.

Abbildung 2:  
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum  
- Saisonbereinigter Verlauf -



<sup>1</sup> Veränderung in vH gegenüber dem Vorquartal, rechte Skala. -<sup>2</sup> Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH; ab 4. Quartal 1998: Prognose.

### **Exportkonjunktur verliert kräftig an Dynamik**

Die Krisen im weltwirtschaftlichen Umfeld haben auch die Exportaussichten für Deutschland stärker eingetrübt als noch im Sommer 1998 angenommen. Der seit dem späten Frühjahr anhaltende Rückgang der Auslandsorders sowie der wieder gestiegene Außenwert der D-Mark lassen erwarten, daß die Exportentwicklung bis in die ersten

Monate des laufenden Jahres hinein deutlich an Dynamik verlieren wird. Erst im Verlauf von 1999 werden sich die Nachfrageimpulse infolge der Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage in den Krisenländern und der wieder anziehenden Konjunktur bei den Haupthandelspartnern verstärken. Darüber hinaus dürften sich die Verringerung der Transaktionskosten und der Wegfall des Wechselkursrisikos durch die Einführung des Euro belebend auf die Auslandsgeschäfte deutscher Unternehmen auswirken.

Alles in allem wird für das Jahr 1999 mit einer Erhöhung der Ausfuhr um 3,5 vH gerechnet, nach 5,9 vH im Vorjahr.

Tabelle 3:  
Ausfuhr und Einfuhr Deutschlands an Waren und Dienstleistungen  
- in Preisen von 1991 -

	1997	1998	1999
	<i>in Mrd. DM</i>		
Ausfuhr	924,8	979,2	1.013,5
Einfuhr	900,2	947,1	978,4
Außenbeitrag	24,6	32,1	35,1
	<i>Veränderung geg. Vorjahr in vH</i>		
Ausfuhr	11,1	5,9	3,5
Einfuhr	8,1	5,2	3,3

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Die Wareneinfuhr entwickelte sich 1998 ähnlich wie die Warenausfuhr. Eine drastische Ausweitung der Importe vor allem aus südostasiatischen Ländern, wie sie die stark verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Anbieter aus dieser Region auf Grund der zum Teil erheblichen Abwertung der Währungen hätte vermuten lassen, ist bislang ausgeblieben.

Insgesamt hat die Einfuhr 1998 in realer Rechnung, auch wegen der stark gesunkenen Importpreise, um 5,2 vH zugenommen. Mit der nachlassenden Dynamik der Ausfuhr dürfte 1999 auch die Nachfrage nach entsprechenden Vorleistungen aus dem Ausland zurückgehen und zu einem geringeren Einfuhranstieg von 3,3 vH als im Vorjahr führen.

#### **Ausrüstungsinvestitionen 1999 weniger expansiv**

Die Konjunktur in Deutschland wurde im Verlauf des Jahres 1998 von einer kräftigen Steige-

rung der Ausrüstungsinvestitionen angetrieben. Nach der zögerlichen Ausweitung in den Vorjahren waren sie nunmehr ähnlich dynamisch wie in früheren konjunkturellen Aufschwungsphasen.

Auch für den Prognosezeitraum deuten die konjunkturellen Bestimmungsgründe der Investitionstätigkeit darauf hin, daß die Ausrüstungsinvestitionen in der Grundtendenz zügig expandieren werden. Gleichwohl gibt es Hinweise, die eine weniger starke Ausweitung 1999 gegenüber dem Vorjahr signalisieren. Auf der einen Seite wirken die weitgehend günstigen Rahmenbedingungen für die Unternehmen positiv. Dies gilt sowohl für das Zinsklima als auch für die Tarifabschlüsse. Die Löhne und Gehälter steigen zwar etwas stärker als im Vorjahr, bleiben jedoch im Rahmen des Verteilungsspielraums und beeinträchtigen die Ertragslage der Unternehmen nicht, zumal die Lohnnebenkosten durch die Senkung des Rentenbeitragsatzes abnehmen. Letztlich wird die Belebung der Binnenwirtschaft die Ertragserwartungen der Unternehmen positiv beeinflussen.

Tabelle 4:  
Unternehmensinvestitionen in Deutschland  
- in Preisen von 1991 -

	1997	1998	1999
	<i>in Mrd. DM</i>		
Unternehmensinvestitionen	381,4	397,6	415,1
Davon: Ausrüstungen	261,0	284,1	301,5
Bauten <sup>a</sup>	120,3	113,4	113,7
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH</i>		
Unternehmensinvestitionen	2,1	4,3	4,4
Davon: Ausrüstungen	4,3	8,8	6,1
Bauten <sup>a</sup>	-2,4	-5,7	0,2

<sup>a</sup> Ohne Wohnungsbau.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Auf der anderen Seite ergeben sich Eintrübungen des Investitionsklimas durch Elemente der geplanten Steuerreform (vgl. den Abschnitt zur Finanzpolitik). Negativ auf die Ertragserwartungen wirken vor allem die Nettobelastungen im Unternehmenssektor, die sich aus dem Reformvorhaben ergeben. Zudem hat die Abschwächung der Exportkonjunktur einen dämpfenden Einfluß. Hierauf deuten die seit September 1998 zunehmend pessi-

mistischeren Geschäftsaussichten im Verarbeitenden Gewerbe hin.

Insgesamt wird die weiterhin hohe Rentabilität von Anlageinvestitionen im Prognosezeitraum die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern stimulieren. Zudem wird die Kapazitätsauslastung im Verlauf des Jahres 1999 etwas steigen. Die Ausrüstungsinvestitionen werden im Jahr 1999 um 6,0 vH gegenüber dem Vorjahr zunehmen, nach einem Anstieg von 8,6 vH im Jahr 1998 (siehe Tabelle 1).

### **Bauinvestitionen: Auftriebskräfte im Westen**

Der Rückgang der Bauinvestitionen in Deutschland hat sich 1998 vor allem aufgrund des starken Nachfrageeinbruchs in Ostdeutschland noch einmal verstärkt. Aber auch in den alten Ländern konnte sich die Bautätigkeit infolge bestehender Überkapazitäten an Büroflächen und Mietwohnungen noch nicht erholen.

Für das Jahr 1999 erwartet das IWH in *Westdeutschland* eine Verbesserung der Baukonjunktur. Insbesondere dürfte sich der Wirtschaftsbau angesichts weiter steigender Ausrüstungsinvestitionen und niedriger Zinsen beleben. So signalisiert die Genehmigungsstatistik einen Zuwachs beim Bau von Fabrik- und Werkstattgebäuden, von Hotels und Gaststätten sowie in etwas geringerem Maße von Büro- und Verwaltungsgebäuden. Ausschlaggebend für die Tendenzwende im Wohnungsbau ist vor allem der Einfamilienhausbau und die Modernisierung des Altbestandes bei merklich steigenden Realeinkommen, niedrigen Hypothekenzinsen, äußerst moderatem Baupreisanstieg und zunehmend kostengünstigen Bauweisen.

In *Ostdeutschland* setzt sich dagegen die rückläufige Grundtendenz im Wirtschafts- und Wohnungsbau fort. Im gewerblichen Bereich signalisieren die Leerstände und der Preisverfall bei Immobilien bereits seit längerem, daß der Nachholbedarf – bezogen auf den erreichten Stand der gesamtwirtschaftlichen Produktion – mehr als gesättigt ist. Die Wirtschaft wächst zunächst noch in die bereits vorhandenen neuen baulichen Anlagen hinein, so daß die Investitionstätigkeit in diesem Bereich keine neuen Impulse erhält und weiter abwärtsgerichtet bleibt. Im Wohnungsbau deuten Vermietungsprobleme und der Druck auf die Mieten darauf hin, daß die attraktiven Sonderabschreibungen im Mietwohnungsneubau in den zurückliegenden

Jahren Überkapazitäten begünstigt haben und die Nachfrage hier in den nächsten Jahren weiter nachgeben wird.

Tabelle 5 :

Entwicklung der Bauinvestitionen in Deutschland - Veränderung gegenüber Vorjahr in vH, in Preisen von 1991 -

	1997	1998	1999
Deutschland	- 2,5	- 4,2	0,4
Gewerbliche Bauten	- 2,4	- 5,7	0,2
Wohnbauten	- 0,7	- 3,8	0,3
Öffentliche Bauten	- 9,0	- 2,5	1,1
Alte Bundesländer	- 2,1	- 2,7	1,4
Gewerbliche Bauten	- 1,1	- 3,3	1,8
Wohnbauten	- 0,9	- 2,1	1,3
Öffentliche Bauten	- 9,0	- 3,8	1,2
Neue Bundesländer	- 3,5	- 8,3	- 2,4
Gewerbliche Bauten	- 4,9	- 10,8	- 3,5
Wohnbauten	- 0,1	- 9,5	- 3,0
Öffentliche Bauten	- 9,0	0,1	1,0

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Alles in allem schlägt die Tendenzwende in Westdeutschland auf die gesamtdeutschen Bauinvestitionen durch, der Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum dürfte jedoch noch schwach sein.

### **Höhere Nettoeinkommen stimulieren privaten Verbrauch**

Die Käufe der privaten Haushalte waren 1998 mit einem realen Zuwachs von 1,7 vH infolge des Anstiegs der Arbeitseinkommen wieder merklich aufwärtsgerichtet, nachdem sie 1997 nur mit 0,5 vH expandierten. Die stärkere Dynamik der Masseneinkommen wird dem privaten Verbrauch im Jahr 1999 weiter Schwung verleihen. Ein Grund dafür ist die erstmalige Zunahme der Beschäftigung seit der Vereinigung. In Verbindung mit den erwarteten etwas höheren tariflichen Lohnabschlüssen für 1999 von knapp 3 vH dürfte die Bruttolohn- und -gehaltsumme gegenüber 1998 merklich ansteigen. Noch kräftiger fällt infolge der Steuerreform die Entwicklung der Nettolohn- und -gehaltsumme aus. Bereits zu Beginn des Jahres 1999 wurden die privaten Haushalte mit der ersten Stufe der Steuerreform durch die Senkung des Eingangsteuersatzes,

die Erhöhung des Grundfreibetrages und die Erhöhung des Kindergeldes (das mit der Lohnsteuer verrechnet wird) entlastet. Darüber hinaus wird zum 1. April 1999 der Beitragssatz in der Rentenversicherung von 20,3 vH auf 19,5 vH gesenkt.

Auch die öffentlichen Einkommenstransfers gewinnen an Dynamik. Die empfangenen laufenden Übertragungen der privaten Haushalte dürften durch die Rücknahme von Einschnitten bei den Sozialtransfers sowie durch die 1999 erst voll zur Wirkung kommenden deutlich aufgestockten Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ansteigen. Hinzu kommt der Anstieg der Rentenzahlungen durch die Rücknahme der noch von der christlich-liberalen Regierungskoalition beschlossenen verlangsamten Anhebung der Renten, der Herabsetzung der Invalidenrenten und der Anhebung der Altersgrenze für den Renteneintritt von Schwerbehinderten.

Somit dürften im Jahr 1999 die Masseneinkommen, die sowohl die Nettolohn- und -gehaltsumme als auch die empfangenen laufenden Einkommensübertragungen der privaten Haushalte umfassen, erstmals seit vielen Jahren wieder stärker ansteigen als die Einkommen aus Vermögen (Zins- und Mieteinkünfte) sowie die entnommenen Gewinne der Selbständigen. Zusammengenommen führt all dies zu einem beachtlichen Anstieg der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 3,8 vH im Jahr 1999.

Tabelle 6:  
Verfügbare Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte<sup>a</sup> in Deutschland  
- Veränderung gegenüber Vorjahr in vH -

	1997	1998	1999
Verfügbare Einkommen, nominal	1,8	2,6	3,8
darunter			
Nettolohn- und -gehaltsumme	-1,7	1,5	4,3
Empfangene lfd. Übertragungen	1,5	2,4	2,8
Entnahmen	6,1	4,3	3,5
Ersparnis	-2,3	2,4	4,5
Privater Verbrauch, nominal	2,4	2,7	3,7
Sparquote (in vH)	11,0	11,0	11,1
Preisindex des privaten Verbrauchs	1,9	0,9	1,3
Privater Verbrauch, real	0,5	1,7	2,3

<sup>a</sup> Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.  
Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Nach Stagnation im Jahr 1998 wird mit einer leichten Erhöhung der Sparquote für 1999 gerechnet. Die privaten Haushalte werden die Einkommensverbesserung auch nutzen, um ihre Ersparnisse wieder aufzubauen; zumal sich der private Konsum in den zurückliegenden Jahren infolge der schwachen Zunahme der realen verfügbaren Einkommen stets zu Lasten der Ersparnis entwickelt hatte.

So wird der private Verbrauch im Jahr 1999 nur geringfügig schwächer als die verfügbaren Einkommen steigen. Bei weiterhin niedrigem Verbraucherpreisanstieg dürfte er um 2,3 vH expandieren.

### *Preisniveauanstieg gedämpft*

Vor dem Hintergrund rückläufiger Einfuhrpreise, einem geringen Lohnzuwachs und einer im langjährigen Durchschnitt liegenden Kapazitätsauslastung fiel der Anstieg der Verbraucherpreise im vergangenen Jahr mit jahresdurchschnittlich 0,9 vH äußerst gering aus. Trotz der Erhöhung der Mehrwertsteuer im April 1998 kam es im Jahresverlauf zu einer deutlichen Abschwächung des Preisauftriebs auf zuletzt 0,5 vH im Vorjahresvergleich (Dezember). Die Raten für West- und Ostdeutschland haben sich weitgehend angeglichen.

Auch für 1999 ist mit einem niedrigen Anstieg des Preisniveaus in Deutschland zu rechnen. Zwar werden die Einfuhrpreise nicht mehr sinken, sondern im Jahresverlauf leicht ansteigen, aber als Resultat des stärkeren Rückgangs der Einfuhrpreise im zweiten Halbjahr 1998 besteht ein nennenswerter Unterhang, der dämpfend auf die Raten im Vorjahresvergleich wirken wird. Anders als im Vorjahr wird der Lohnzuwachs 1999 nicht geringer sein als der Produktivitätsanstieg, so daß die Lohnstückkosten leicht um 0,8 vH zunehmen werden. Die geplante Senkung der Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung um 0,4 Prozentpunkte verringert dabei die Lohnkostenentwicklung. Demgegenüber bewirkt die Erhebung der Ökosteuer einen Preisniveauschub. Da ihre Einführung in dem Monat erfolgt, in dem 1998 die Mehrwertsteuer erhöht wurde, und die Größenordnung beider Effekte vergleichbar ist, wird dieser Preisanstieg lediglich im Vormonatsvergleich, nicht jedoch in dem üblichen Vergleich mit dem Vorjahresmonat sichtbar werden.

Alles in allem ist für 1999 mit einem Anstieg der Lebenshaltungspreise um 1,2 vH in Ost und West auszugehen.

**Produktionszuwachs vorübergehend gebremst**

Der konjunkturelle Aufschwung hat seit dem Herbst 1998 vor allem infolge der nachlassenden Exportdynamik an Kraft verloren. Im vierten Quartal ist das Bruttoinlandsprodukt nur noch mit einer Jahresrate von 2 vH angestiegen. Der Wechsel der Auftriebskräfte zur Inlandsnachfrage hat sich damit beschleunigt. Gegenüber dem Vorjahr weitete sich die gesamtwirtschaftliche Produktion im Durchschnitt des Jahres 1998 mit 2,8 vH aus.

Die Schwächephase wird im gesamten Verlauf des Winterhalbjahres anhalten. Darauf deuten auch die seit einigen Monaten tendenziell rückläufigen Auftragseingänge und Geschäftserwartungen hin. Trotz der kräftigen Entwicklung des privaten Verbrauchs und der Investitionstätigkeit wird die gesamtwirtschaftliche Produktion 1999 mit 2,2 vH langsamer zunehmen als im Vorjahr. Sobald die Ausfuhr nach der Stabilisierung in den Krisenregionen wieder anzieht, ist mit einer erneuten Verstärkung des Produktionszuwachses zu rechnen.

Tabelle 7:  
Sektorale Bruttowertschöpfung in Deutschland  
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH, in Preisen von 1991 -

	1997	1998	1999
Produzierendes Gewerbe	2,6	3,9	1,6
darunter			
Verarbeitendes Gewerbe	4,2	6,2	2,1
Baugewerbe	-2,6	-4,6	0,4
Handel und Verkehr	2,5	3,4	2,6
Dienstleistungsunternehmen	4,0	4,4	4,5
Staat u.a. <sup>a</sup>	-0,3	-0,1	0,4
Bruttoinlandsprodukt	2,2	2,8	2,2

<sup>a</sup> Einschließlich der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.  
Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

**Gespaltene Entwicklung am Arbeitsmarkt setzt sich fort**

Seit Beginn des Sommerhalbjahres 1998 hat sich die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt spürbar verbessert. Im Jahresverlauf stieg die Zahl

der Erwerbstätigen in Deutschland saisonbereinigt um etwa 120.000 Personen, und die registrierte Arbeitslosigkeit nahm um etwa 320.000 Personen ab.<sup>1</sup>

Die Besserung am Arbeitsmarkt ist jedoch in West- und in Ostdeutschland verschiedenen Ursachen geschuldet. In Westdeutschland nahm seit Beginn des Jahres 1998 die Zahl der Erwerbstätigen im Zuge des kräftigeren Produktionszuwachses saisonbereinigt um mehr als 100.000 Personen zu. Dabei handelte es sich hauptsächlich um Arbeitsplätze am ersten Arbeitsmarkt. Die registrierte Arbeitslosigkeit nahm im Verlauf des Jahres um 150.000 Personen ab. In Ostdeutschland hingegen ist die Verringerung der registrierten Arbeitslosigkeit um 170.000 Personen im Verlauf des Jahres 1998 ausschließlich auf die starke Ausdehnung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zurückzuführen.

Die Arbeitsmarktlage wird sich 1999 in Deutschland weiter verbessern. In Westdeutschland dürfte die Zahl der Arbeitsplätze am ersten Arbeitsmarkt um 150.000 zunehmen. Der Zuwachs der Beschäftigung wird insbesondere von den Dienstleistungsunternehmen, aber auch vom Bereich Handel und Verkehr ausgehen. Die registrierte Arbeitslosigkeit dürfte gegenüber dem Vorjahr um etwa 200.000 Personen abnehmen; die Arbeitslosenquote wird dann im Jahresdurchschnitt auf etwa 8,8 vH sinken. In Ostdeutschland dürfte sich 1999 die Entwicklungstendenz des Vorjahres fortsetzen: Trotz rückläufiger Erwerbstätigkeit wird sich die registrierte Arbeitslosigkeit im Zuge einer weiteren Ausdehnung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zurückbilden.

<sup>1</sup> Der – gemessen am Beschäftigungsaufbau – überproportionale Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit ist zum einen dem rückläufigen Arbeitsangebot geschuldet. Dies resultiert insbesondere aus der demographischen Entwicklung und – vor allem in Ostdeutschland – aus der rückläufigen Erwerbsbeteiligung (vgl. Autorengemeinschaft: Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1997 und 1998, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1998/1, S. 5-57). Zum anderen dürften sich auch gesetzliche Neuregelungen niederschlagen, wonach Erwerbslose vorübergehend nicht mehr als registrierte Arbeitslose gezählt werden, wenn sie ihrer Meldepflicht nicht nachkommen. Auch wurden die Zumutbarkeitskriterien zur Annahme eines angebotenen Arbeitsplatzes verschärft. Zudem wurde die Zahl der Wochenarbeitsstunden gesenkt, die geringfügig Beschäftigte arbeiten dürfen, ohne ihren Status als Arbeitslose zu verlieren.

## Ausblick für Ostdeutschland 1999

### Produktionswachstum wieder etwas kräftiger

Die ostdeutsche Wirtschaft war im zurückliegenden Jahr von extrem divergierenden Entwicklungen der verschiedenen Wirtschaftsbereiche geprägt. Die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe erhöhte sich bereits das zweite Jahr in Folge mit zweistelligen Zuwachsraten. Vor allem der Auslandsumsatz – bisher ein Schwachpunkt der unternehmerischen Aktivitäten in den neuen Bundesländern – legte kräftig zu; die Exportquote näherte sich im Herbst der Zwanzig-Prozent-Marke. Die in Ostdeutschland gefertigte neue Produktpalette findet zudem zunehmend in den alten Bundesländern Kundschaft. Nicht zuletzt trägt dazu die gestiegene Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bei. Die Produktivität steigt kräftig, und die Schere zwischen Kosten und Erträgen schließt sich allmählich.

Die Talfahrt des Baugewerbes setzt sich fort. Zum bereits seit längerem anhaltenden Rückgang des Wirtschaftsbaus kam 1998 ein regelrechter Produktionseinbruch im Mietwohnungsneubau, so daß die Wertschöpfung im Baugewerbe mit einer fast zweistelligen Rate schrumpfte. Die Stabilisierung im öffentlichen Bau nach den starken Sparzwängen im Referenzjahr für die Erfüllung der Kriterien des Maastricht-Vertrages konnte den Abwärtstrend der Bauproduktion nicht aufhalten. So wurde 1998 zum Jahr mit dem bisher stärksten Rückgang der Baukonjunktur in Ostdeutschland.

Tabelle 8:  
Sektorale Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland  
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH, in Preisen von 1991 -

	1997	1998	1999
Produzierendes Gewerbe	3,7	3,2	3,0
darunter			
Verarbeitendes Gewerbe	10,9	12,4	6,5
Baugewerbe	-3,5	-8,7	-2,5
Handel und Verkehr	1,1	1,0	2,7
Dienstleistungsunternehmen	2,9	4,7	4,6
Staat u.a. <sup>a</sup>	-1,8	-1,1	-1,5
Bruttoinlandsprodukt	1,7	2,1	2,3

<sup>a</sup> Einschließlich der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Der Dienstleistungssektor gelangte in eine neue Anpassungsphase. Nach dem Wegfall der Impulse aus der Erfüllung des dringenden Nachholbedarfs vor allem bei konsumnahen Dienstleistungen, aber auch infolge der Übertragung des Nachfrageeinbruchs im Baubereich auf die baunahen Dienstleistungen sieht sich der Sektor mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Im Sog des industriellen Aufschwungs wachsen jetzt die Märkte für andere unternehmensbezogene Dienstleistungen. Das zieht erneut Strukturanpassungen nach sich und ist mitverantwortlich für keine weitere Beschleunigung des Wachstums in diesem Sektor.

Im Jahre 1999 wird das Verarbeitende Gewerbe seine Führungsrolle im Wachstumsprozeß in Ostdeutschland behalten, auch wenn die von den Krisenregionen im Ausland kommende Eintrübung nicht spurlos an der industriellen Produktion vorübergehen wird. Zwar sind die direkten Verkäufe auf diesen Märkten gering, und nur Rußland hat mit einem Exportanteil von sieben Prozent einige Bedeutung. Die ostdeutschen Hersteller spüren aber über die Zulieferungen an die von den Krisen stärker betroffenen westdeutschen Exporteure deutlich die nachlassende Auslandsnachfrage. Rückschläge von der weiterhin fallenden Bauproduktion werden sich in Grenzen halten, da es der Industrie in Ostdeutschland wohl gelungen ist, ihre Präsenz in Märkten auszuweiten, die ihre Impulse von baufernen Entwicklungen erhalten. Lag die Bauabhängigkeit der Industrieproduktion 1994 noch bei knapp einem Viertel, so verringerte sie sich in den darauffolgenden Jahren auf nunmehr weniger als ein Fünftel.<sup>2</sup> Auch im Bereich industrieller Vorleistungsgüter, dessen Bindung an die Baukonjunktur naturgemäß überdurchschnittlich stark ist, setzte sich ein solcher Lockerungsprozeß durch, allerdings auf einem höheren Abhängigkeitsniveau: von fast 40 Prozent der Produktion auf ein Drittel. Die Verwundbarkeit des industriellen Wachstums in Ostdeutschland durch den Bauabschwung bleibt hoch, wird aber geringer.

Die retardierenden Einflüsse der Baurezession werden 1999 nachlassen. Der Höhepunkt bei der Korrektur der Übersteigerungen im Baubereich

<sup>2</sup> Vgl. LUDWIG, U.; LOOSE, B.: Bauabhängigkeit der ostdeutschen Wirtschaft lockert sich, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 15/1998, S. 3-9.

scheint überstanden zu sein, auch wenn die Tal- fahrt des Baugewerbes noch nicht beendet ist. Die „Auffanglinie“ für die Stabilisierung der Baunach- frage ist allerdings bereit: Angesichts des immer noch großen Nachholbedarfs bei der Altbausanie- rung und im Eigenheimbau sowie bei der Ausstat- tung der Länder und Kommunen mit öffentlicher Infrastruktur ist ein Absturz in das Bodenlose aus- zuschließen. Chancen für den gewerblichen Bau eröffnet künftig am ehesten das kräftige Wachstum der Industrie.

Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in Ostdeutschland 1999 bei wieder schwächer werdenden Entwicklungsunterschieden zwischen dem Verarbeitenden Gewerbe und dem Baugewerbe etwas schneller als im vorangegan- genen Jahr steigen. Auch wenn damit das Wachs- tumstempo des Bruttoinlandsprodukts im früheren Bundesgebiet leicht übertroffen wird, bleibt der Vorsprung viel zu gering, um auf einen Aufhol- pfad zurückzukehren. Die Produktionsausweitung im Verarbeitenden Gewerbe wird wesentlich über Produktivitätsfortschritte erreicht; die Beschäfti- gungsimpulse bleiben gering. Bei Dienstleistern hellen sich die Beschäftigungsmöglichkeiten wie- der etwas auf. Dagegen reduziert das Baugewerbe weiter den Personalbestand, wie im übrigen auch der Staatssektor.

#### *Arbeitsmarktlage bleibt prekär*

Im Zuge des insgesamt verhaltenen Produkti- onsanstiegs war in Ostdeutschland auch 1998 die Erwerbstätigkeit rückläufig. Per saldo gingen etwa 100.000 Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt gegenüber dem Vorjahr verloren. Dennoch verrin- gerte sich im Verlauf des Jahres 1998 die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Ostdeutschland um 170.000 Personen. Dies ist auf die deutliche Aus- weitung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zu- rückzuführen.

Besonders stark wurden Arbeitsbeschaffungs- maßnahmen und Strukturanpassungsmaßnahmen ausgedehnt, in denen im vierten Quartal 1998 fast 250.000 Personen mehr gefördert wurden als im ersten Quartal. Die Zahl der durch diese Maßnah- men in Beschäftigung gebrachten Personen hat nunmehr ein Niveau erreicht, wie es in der Ver- gangenheit nur im ersten Halbjahr 1992 der Fall

war. Werden die in Arbeitsbeschaffungs- und Struk- turanpassungsmaßnahmen geförderten Personen, die überwiegend arbeitslos wären, wenn es dieses arbeitsmarktpolitische Instrument nicht gäbe, der Zahl der registrierten Arbeitslosen hinzugerechnet, so stagniert die saisonbereinigte Zahl seit Ende 1997. Letztendlich verdeckt die Entwicklung der Erwerbstätigenzahl, daß im Jahresverlauf saisonbe- reinigt per saldo etwa 170.000 Arbeitsplätze am ersten Arbeitsmarkt in Ostdeutschland abgebaut wurden.

Insgesamt dürfte sich die Zahl der Arbeitsplätze am ersten Arbeitsmarkt 1999 um etwa 85.000 Per- sonen verringern. Im Zuge einer weiteren Ausdeh- nung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen um jahresdurchschnittlich etwa 40.000 Personen ge- genüber dem Vorjahr wird die registrierte Arbeits- losigkeit in Ostdeutschland erstmals seit 1995 abnehmen.

Tabelle 9:  
Eckdaten des Arbeitsmarktes in Ostdeutschland  
- Jahresdurchschnitt in 1.000 Personen -

	1997	1998	1999
Erwerbstätige (Inland)	6.078	6.053	6.010
darunter:			
ABM-Beschäftigte <sup>a</sup>	235	314	355
Berufliche			
Vollzeitweiterbildung	177	150	160
Vorruehändler <sup>b</sup>	138	96	95
Arbeitslose	1.363	1.375	1.313
Arbeitslosenquote <sup>c</sup>	18,3	18,5	17,9

<sup>a</sup> Einschließlich Strukturanpassungsmaßnahmen. – <sup>b</sup> Einschließlich der Arbeitslosen nach § 428 SGB III. – <sup>c</sup> Arbeitslose in vH der Erwerbs- personen (Inland).

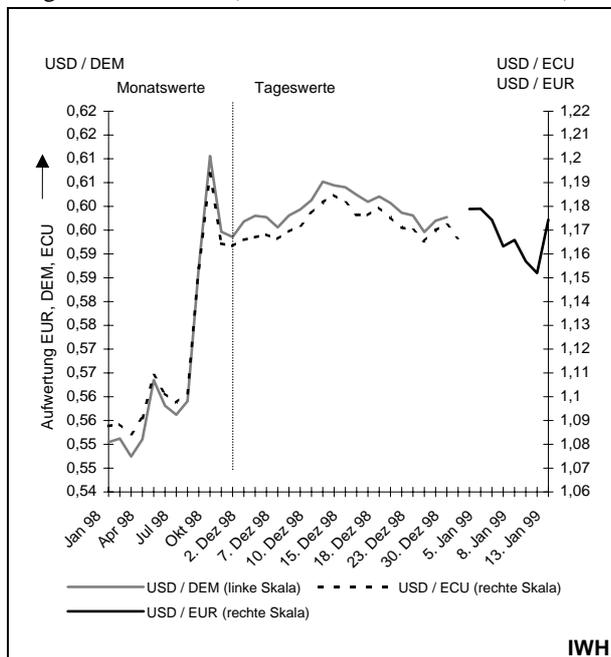
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Der massive Einsatz arbeitsmarktpolitischer In- strumente verschleiern das tatsächliche Ausmaß der Unterbeschäftigung. Eine Lösung für die ange- spannte Arbeitsmarktsituation stellen beschäfti- gungspolitische Programme nicht dar. Sie mildern lediglich kurzfristig die Probleme und verschieben deren Klärung in die Zukunft.

## Euro wertet leicht auf – kein zinspolitischer Handlungsbedarf

Es zeugt von dem Vertrauensvorschuß, den die Europäische Zentralbank genießt, daß die Einführung des Euro zu Beginn des neuen Jahres wenig spektakulär verlief. Fortan existiert die D-Mark als Währung nicht mehr. Die DM-Noten und -Münzen sind integraler Bestandteil des Euro, auch wenn sie weitere drei Jahre im Umlauf bleiben werden.

Abbildung 3:  
Wechselkurse des Euro bzw. der ECU und der D-Mark zum US-Dollar Jan. 1998 bis 6. Jan. 1999 - Monatsdurchschnitte (Januar bis November 1998), Tagesdurchschnitte (1. Dez. 1998 bis 13. Jan. 1999) -



Quellen: Deutsche Bundesbank; Europäische Zentralbank.

Die seit Ende 1997 bestehende Aufwertungs-tendenz der Währungen der EWU-Länder setzte sich bis Ende 1998 fort. Dem dämpfenden kon-junkturrellen Einfluß der Aufwertung stehen mit anregender Wirkung die niedrigen Zinsen im kurz- und langfristigen Bereich gegenüber. Während der vergangenen zwölf Monate sind die kurzfristigen

Zinsen im Euroraum um 0,9 Prozentpunkte und die langfristigen Zinsen um reichlich einen Prozent-punkt auf nunmehr 3,2 % (Dreimonatsgeld) bzw. knapp 4 % (öffentliche Anleihen mit zehnjähriger Restlaufzeit) gefallen. Insgesamt befindet sich die Geldpolitik auf einem neutralen Kurs. Dies drückt sich auch in der Entwicklung des Geldmengenag-gregats M3 aus, das in den vergangenen drei Mo-naten um durchschnittlich 4,7 vH gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat angestiegen ist.

Hiermit in Einklang deuten auch die realwirt-schaftlichen Indikatoren der künftigen Preisent-wicklung im Euroraum auf einen weiterhin niedri-gen Anstieg der Verbraucherpreise hin. Die Ver-braucherpreise dürften wie bereits 1998 auch in diesem Jahr um nur 1,2 vH zunehmen. Dabei kommt es zwischen den Ländern zu einer leichten Verschiebung. Während Italien und Spanien, die den Durchschnitt bisher nach oben zogen, nun in-flationsdämpfend wirken, wird es in Frankreich und Deutschland zu einem leichten Anstieg der mit zuletzt 0,2 vH bzw. 0,6 vH am unteren EWU-Rand liegenden Inflationsentwicklung kommen (Harmo-nisierter Verbraucherpreisindex, November 1998).

Für 1999 zeichnet sich derzeit kein geldpoliti-scher Handlungsbedarf ab.

### Lohnpolitik: Kurs halten

Die seit nunmehr drei Jahren praktizierte Lohn-zurückhaltung in Deutschland hat maßgeblich dazu beigetragen, daß sich die Preisniveausteigerungs-rate trotz erheblicher Erhöhungen der administrier-ten Preise, der Sozialversicherungsbeiträge und der Mehrwertsteuer von 1,8 vH 1995 auf 0,9 vH 1998 verringert hat. Die geldpolitisch angestrebte und in das vergangene Jahr hineinreichende Phase der Dis-inflation dürfte angesichts des entspannten Preiskli-mas nunmehr zu Ende sein. Durch die Europäische Währungsunion hat sich das Verhältnis von Lohn-politik in Deutschland und der für Deutschland maßgeblichen Geldpolitik verändert. Eine über den

Tabelle 10: Der Euro – Umrechnungskurse der nationalen Währungen<sup>a</sup>

	DEM	FRF	ITL	ESP	NLG	BEF/LUF	ATS	FIM	PTE	IEP
1 Euro (€)	1,95583	6,55957	1936,27	166,386	2,20371	40,3399	13,7603	5,94573	200,482	0,787564
1 DEM	1,00	3,35386	990,002	85,0722	1,12674	20,6255	7,03552	3,04001	102,505	0,402676

<sup>a</sup> DEM: D-Mark; FRF: Französischer Franc; ITL: Italienische Lira; ESP: Spanische Peseta; NLG: Holländischer Gulden; BEF/LUF: Belgischer und Luxemburgischer Franc; ATS: Österreichischer Schilling; FIM: Finnmark; PTE: Portugiesischer Escudo; IEP: Irisches Pfund.

Quellen: Europäische Zentralbank; Deutsche Bundesbank.

Verteilungsspielraum hinausgehende Lohnentwicklung fordert nun nur dann eine geldpolitische Restriktion heraus, wenn sie den durchschnittlichen Anstieg des Preisniveaus im Euroraum in die Nähe der von der EZB gesetzten Obergrenze von 2 vH drückt. Analog kann die Europäische Zentralbank nur dann mit einer geldpolitischen Lockerung auf eine ausgeprägte Lohnzurückhaltung reagieren, wenn eine dadurch bewirkte Verringerung des Preisauftriebs den EWU-Durchschnitt nennenswert verringert. Während der Zusammenhang zwischen nationaler Lohnpolitik und der Geldpolitik somit weniger eng geworden ist – bei einem Gewicht Deutschlands von reichlich 30 vH an der durchschnittlichen Preisniveaumentwicklung im Euroraum aber weiterhin besteht –, hat sich der Zusammenhang zwischen der Lohnentwicklung (relativ zur Produktivitätsentwicklung) und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verstärkt.

Bei einer Fortsetzung der Lohnzurückhaltung, die sich im günstigsten Fall auf den gesamten Euroraum erstreckt, könnte angesichts einer mit derzeit durchschnittlich knapp 11 vH noch hohen Arbeitslosenquote ein erhebliches Wachstumspotential erschlossen werden, das zur Zeit brachliegt.

Insbesondere in Ostdeutschland gilt es, noch bestehende Kosten- und Wettbewerbsnachteile zu verringern. Die Ursachen für diese Nachteile sind vielfältig und liegen in den verschiedensten Bereichen. Aber, ob es neben der Lohnkostenbelastung die Kosten für Wasser, Strom und Abwasserentsorgung oder Mängel in der Infrastruktur und des Marketings sind: kurzfristig ist nur die Lohnentwicklung in der Lage, diese Nachteile auszugleichen und die Absatzchancen ostdeutscher Unternehmen zu erhöhen.<sup>3</sup> Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene liegt die Produktivität in Ostdeutschland bei knapp 60 vH des westdeutschen Niveaus, die Bruttoeinkommen in Ostdeutschland erreichen demgegenüber bereits 75 vH. Aus diesen hochaggregierten Zahlen folgt allerdings nicht, daß eine

allgemeine Lohnpause zu fordern wäre: Zwischen den Branchen in Ostdeutschland und auch innerhalb der Branchen ist das Produktivitätsgefälle zu hoch, als daß pauschalisierte Lösungsansätze praktikabel wären. Nach neuesten Berechnungen lagen die Lohnstückkosten 1998 im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe nur um durchschnittlich rund 4 vH über dem westdeutschen Niveau; in einzelnen Branchen, wie der papiererzeugenden und papierverarbeitenden Industrie liegen sie sogar darunter. Im deutschen Vergleich besteht eine überhöhte Lohnkostenbelastung der ostdeutschen Wirtschaft in erster Linie im Bereich Dienstleistungen, Verkehr und Handel.

Eine stärkere Orientierung an den jeweiligen betrieblichen Gegebenheiten kann ebenso beschäftigungssichernd wirken, wie eine erhöhte Flexibilität der Arbeitszeit.

Weder in Ost- noch in Westdeutschland ist eine *Lohnpause* zu fordern, wohl aber eine weiter andauernde *Lohnzurückhaltung*, verstanden als ein Nichtausschöpfen des Verteilungsspielraums, der sich aus dem erwarteten Produktivitätszuwachs und der mittelfristig angestrebten Inflationsrate der Zentralbank ergibt. Dieser Verteilungsspielraum kann durch den Staat insbesondere durch eine Verringerung der Lohnnebenkosten und einen geringen Anstieg im Bereich (teil-)administrierter Preise erhöht werden. Die Rahmenbedingungen für eine Fortsetzung der Lohnzurückhaltung in beiden Teilen Deutschlands sind günstig: Die Entwicklung der verfügbaren Einkommen ist real betrachtet deutlich aufwärtsgerichtet. Hier kommen nicht nur der Produktivitätsanstieg zum Ausdruck, sondern auch die steuerlichen Entlastungen sowie die sinkenden Beiträge zur Rentenversicherung in diesem Jahr und die Terms-of-Trade-Gewinne durch den Rückgang der Rohstoffpreise, die Aufwertung der Währungen der EWU-Länder 1998 sowie die Aufwertungstendenz des Euro. Die zu erwartende Preisniveausteigerungsrate für 1999 ist mit rund 1 vH niedrig, und das Risiko eines deutlich stärkeren Preisauftriebs ist minimal. Verhandlungsergebnisse der Tarifrunden zwischen 2 vH und 3 vH würden angesichts der günstigen Rahmenbedingungen Realeinkommenszuwächse bedeuten und zugleich die Spielräume für mehr Beschäftigung und Wachstum erhöhen.

---

<sup>3</sup> Die Option einer Ausweitung der öffentlichen Mittel zur Subventionierung beispielsweise der Versorgungsunternehmen wird hier als nicht realistisch angesehen, da deren Finanzierung mit einer weiteren steuerlichen Belastung der Wirtschaftseinheiten einhergehen müßte, die angesichts des bereits hohen Niveaus ihrerseits die Angebotsbedingungen in Ost und West beeinträchtigen würde.

### ***Finanzpolitik: Schritt in die richtige Richtung***

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit sollte ein Hauptanliegen der Finanzpolitik darin bestehen, die Angebotsbedingungen der Wirtschaft zu verbessern. Das bestehende Einkommen- und Körperschaftsteuersystem setzt falsche Anreize. Zum einen ist die Grenzsteuerbelastung zu hoch. Dies dämpft sowohl die Leistungsanreize als auch die Anreize zur Bildung von Humankapital. Zum anderen bietet die bisherige Bemessungsgrundlage zu viele Steuerschlupflöcher. Steuervermeidungsaktivitäten lohnen sich. Eine Ausweitung der Bemessungsgrundlage schränkt diese Aktivitäten ein und bietet zudem finanziellen Spielraum, um die Steuersätze zu reduzieren und gleichzeitig den haushaltspolitischen Konsolidierungskurs beizubehalten.

Die Reformpläne der Regierung knüpfen an diese Aspekte an. Eine Reduktion des Einkommensteuersatzes und der Spitzensteuersätze ist vorgesehen. Die Senkung ist aber zu gering, um die negativen Anreizwirkungen deutlich zu verringern.

Die Ausweitung der Bemessungsgrundlage bleibt unausgewogen. Einzelne Maßnahmen gehen zu weit. Die Regelungen bei der Verlustanrechnung beispielsweise werden dazu führen, daß realisierte Verluste nur noch bis zu zwei Millionen D-Mark steuerlich abgesetzt werden können. Da entstandene Gewinne demgegenüber steuerlich voll erfaßt werden, kommt es zu einer asymmetrischen Behandlung von Gewinnen und Verlusten. Dies widerspricht der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit. Die eingeschränkte Verlustbeteiligung des Staates erhöht das Risiko, das der Unternehmer seinen Entscheidungen zugrunde legt. Die Mindestrendite, die der Unternehmer fordert, damit sich eine Investition in Deutschland lohnt, wird steigen.

Ein zweiter grundlegender Reformschritt ist die Einführung der Ökosteuer. Prinzipiell sollte eine Ökosteuer den Energieverbrauch beeinflussen und die Umweltbelastung reduzieren. Da das fiskalische Aufkommen aus der Steuer genutzt werden soll, um die Lohnnebenkosten zu senken, verspricht man sich neben der Entlastung der Umwelt auch eine Entlastung des Faktors Arbeit. Diese Argumentation gilt aber nur mittelfristig. Wenn die Ökosteuer so ausgestaltet ist, daß sie den Energieverbrauch reduziert, wird das Steueraufkommen

im Zeitverlauf sinken, so daß langfristig eine alternative Finanzierung der Entlastung bei den Lohnnebenkosten erforderlich ist.

Da die Ökosteuer nicht an der Umweltbelastung einzelner Energieträger, sondern allein am Verbrauch von Energie anknüpft, wird eine umweltpolitisch ebenfalls gewünschte Substitution alternativer Energieträger nicht angeregt. Der mit der Ökosteuer verbundene Kostenanstieg soll nach den Vorstellungen der Regierung für das Verarbeitende Gewerbe begrenzt werden. Generell wird ein reduzierter Steuersatz eingeführt. Gehört ein Unternehmen einer energieintensiven Branche an, so wird es von der Steuer freigestellt. Dienstleister und private Haushalte zahlen den vollen Steuersatz. Dadurch wird die Kosten- und Preisstruktur verzerrt.

Während sich die finanzpolitischen Reformvorhaben 1999 für die privaten Haushalte trotz der Einführung der Ökosteuer per saldo entlastend auswirken, ist der Nettoeffekt auf den Unternehmenssektor nicht pauschal zu erfassen. Einerseits profitieren die Unternehmen von der Senkung der Lohnnebenkosten und vom verringerten Spitzensteuersatz bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer, andererseits wirkt sich die Verbreiterung der Steuerbemessungsgrundlage und hierbei insbesondere die Einschränkung der Verlustanrechnung belastend aus. Die Belastung durch die Ökosteuer ist branchenabhängig. Insgesamt deutet sich für die Unternehmen eine stärkere Belastung infolge der Reformvorhaben an.

*Arbeitskreis Konjunktur  
(Hans-Ulrich Brautzsch, Kristina van Deuverden,  
Ruth Grunert, Ingrid Haschke, Brigitte Loose,  
Christian Schumacher, Michael Seifert,  
Silke Tober und Udo Ludwig)*